

Gewährleistungsreform

Warranty Reform

1. Allgemeines:

Schon seit einigen Jahren wird in Österreich über eine Reform des Gewährleistungsrechtes diskutiert. Als diese Diskussion noch im Gange war, erließ die EU am 25.05.1999 eine Richtlinie über den Verbrauchsgüterkauf. Diese Richtlinie muß von den Mitgliedstaaten bis 01.01.2002 umgesetzt werden. In Österreich geschah dies durch das Gewährleistungsrechts-Änderungsgesetz (GewRÄG), das am 08.05.2001 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde (BGBl. I Nr. 48/2001; zum Inkrafttreten siehe unten 3.).

Bei dem GewRÄG handelt es sich um die wichtigste Gewährleistungsreform seit Jahrzehnten. Um eine Rechtszersplitterung zu vermeiden, hat sich der österreichische Gesetzgeber entschieden, nicht bloß die Gewährleistung im Verhältnis zwischen Unternehmern und Verbrauchern neu zu regeln (allein darauf bezieht sich die Richtlinie über den Verbrauchsgüterkauf), sondern das Gewährleistungsrecht ganz allgemein neu zu fassen.

Die geänderten Bestimmungen finden sich daher nur zum Teil im KSchG, zu einem erheblichen Teil aber im ABGB. Dabei wurde allerdings darauf geachtet, das System des Gewährleistungsrechtes und die herkömmliche Terminologie soweit wie möglich beizubehalten.

1. General:

A reform of the warranty law has already been discussed in Austria for a couple of years. While this discussion was still going on, the EU issued a directive in terms of the sale of consumer goods on 25.05.1999. The said directive has to be implemented by the Member States until 01.01.2002. In Austria this was done by the "Warranty Law Amendment Act" (GewRÄg) which was published on 08.05.2001 in the Federal Law Gazette (BGBl. I Nr. 48/2001; with regard to entry into force see 3.).

The GewRÄG is the most important reform of warranty law for decades. In order to avoid fragmentation of the law, the Austrian legislator has decided not only to amend the warranty between entrepreneurs and consumers (the directive on consumer goods only concerns this relationship), but also to redraft the warranty law in general.

Therefore, the amended provisions are only partly contained in the Consumer Protection Act (KSchG), but to a considerable extent in the General Civil Code (ABGB). It has been taken care, however, to maintain the system of warranty law and the conventional terminology as far as possible.

Im folgenden werden die wichtigsten Änderungen dargestellt, wobei schon jetzt die Verlängerung der Gewährleistungsfrist für bewegliche Sachen (dazu unter 2.3.) sowie die neue Rangfolge der Gewährleistungsansprüche (dazu unter 2.2.) besonders hervorgehoben werden sollen.

2. Die Änderungen im einzelnen:

2.1. Der Begriff des Mangels:

Gemäß § 922 ABGB liegt ein Mangel vor, wenn eine Sache nicht dem Vertrag entspricht.

Der Übergeber haftet also dafür, daß die Sache

- die bedungenen oder gewöhnlich vorausgesetzten Eigenschaften hat,
- der Beschreibung, einer Probe oder einem Muster entspricht und
- der Natur des Geschäftes oder der getroffenen Verabredung gemäß verwendet werden kann.

Dies entspricht an sich der bisherigen Rechtslage. Neu ist jedoch die Klarstellung, daß es auch darauf ankommt, was der Übernehmer aufgrund der öffentlichen Äußerungen des Übergebers oder des Herstellers über die Sache erwarten kann. Dies gilt auch für Werbeaussagen und Angaben, die der Ware beigelegt sind (auf der Verpackung, in Bedienungsanleitungen etc.).

Der Übergeber haftet weiters für öffentliche Äußerungen des „Anscheinsherstellers“ (das ist jene Person, deren Name, Marke oder sonstiges Kennzeichen auf der Ware aufscheint) und des ersten Importeurs in den EWR-Raum. Keine Bindung an derartige öffentliche Äußerungen besteht jedoch, wenn

- der Übergeber sie weder kannte noch kennen konnte;
- sie beim Abschluß des Vertrages richtiggestellt waren oder
- sie den Vertragsabschluß nicht beeinflußt haben konnten.

In the following the most important changes will be described; at this point, the elongation of the warranty term for movable goods (see 2.3.) and the new order of warranty claims (see 2.2.) shall already be emphasized.

2. The changes in detail:

2.1. The notion of defect:

According to Art 922 ABGB there is a defect, if the good is not in accordance with the contract.

Therefore, the deliverer is liable for the good

- to have the agreed or the normally expected qualities,
- to conform with the description, a specimen or a sample and
- to be capable of being used in accordance with the nature of the transaction or the agreement concluded.

This actually conforms with the current legal situation. A novelty, however, is the clarification that it is also decisive what the receiver can expect due to the public statements of the deliverer or of the producer with respect to the good. This is also true for promotion statements and information attached to the commodity (on the packing, in the operating instructions etc.).

Furthermore, the deliverer is liable for public statements of the “apparent producer“ (meaning the person whose name, trade mark or other sign appears on the commodity) and of the first importer into the EEA. There is, however, no commitment in terms of such public statements, if

- the deliverer neither knew nor had to know them;
- they were rectified at the conclusion of the contract or
- they cannot have influenced the conclusion of the contract.

2.2. Rechte aus der Gewährleistung:

Wie schon bisher, stehen als Gewährleistungsbehelfe

- die Verbesserung (Nachbesserung oder Nachtrag des Fehlenden),
- der Austausch der Sache,
- eine angemessene Minderung des Entgelts (Preisminderung) und
- die Aufhebung des Vertrags (Wandlung)

zur Verfügung (§ 932 ABGB).

Bisher hing es jedoch von der Art des Mangels (wesentlich oder unwesentlich; behebbbar oder unbehebbar) ab, welche Gewährleistungsansprüche geltend gemacht werden konnten. Diese Unterscheidungen sind weggefallen.

Statt dessen wird nun zwischen primären und sekundären Gewährleistungsbehelfen unterschieden. Als primäre Gewährleistungsbehelfe gelten die „Herstellungsansprüche“ (Verbesserung, Austausch), während die sekundären Gewährleistungsbehelfe (Preisminderung, Wandlung) auf Geldersatz gerichtet sind.

Zunächst kann der Übernehmer daher wegen eines Mangels nur die Verbesserung oder den Austausch der Sache verlangen. Ein Anspruch auf Preisminderung oder Wandlung besteht nunmehr bloß subsidiär, sofern

- eine Verbesserung (ein Austausch) unmöglich ist;
- eine Verbesserung (ein Austausch) für den Übergeber mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden wäre;
- der Übergeber die Verbesserung (den Austausch) verweigert oder nicht in angemessener Frist vornimmt;
- die Verbesserung (der Austausch) für den Übernehmer mit erheblichen Unannehmlichkeiten verbunden wäre oder ihm aus triftigen, in der Person des Übergebers liegenden Gründen unzumutbar ist.

2.2. Warranty claims:

As hitherto, there are the warranty remedies (Art 932 ABGB) of

- improvement (rectification of defects or supplement of what is missing),
- exchange of the good,
- an adequate reduction of the consideration (price reduction) and
- the cancellation of the contract (rescission).

In the past, however, it was dependent on the kind of defect (substantial or non-substantial; removable or non-removable) which warranty claims could be asserted. These distinctions have disappeared.

Instead the relevant distinction is now between primary and secondary warranty remedies. The “restoration claims“ (improvement, exchange) are primary warranty remedies, whereas the secondary warranty remedies (price reduction, rescission) are directed at compensation in money.

Therefore, the receiver can at first only ask for improvement or exchange of good due to a defect. A claim for price reduction or rescission from now on only exists on a subsidiary basis, provided that

- an improvement (an exchange) is impossible;
- an improvement (an exchange) would mean a disproportionate expense for the deliverer;
- the deliverer refuses the improvement (the exchange) or does not effect it within a reasonable period of time;
- the improvement (the exchange) would cause the receiver considerable inconvenience or would be unreasonable for strong reasons in the person of the deliverer.

Ist einer dieser Fälle gegeben, dann hat der Übernehmer das Recht auf Preisminderung oder – sofern es sich nicht um einen geringfügigen Mangel handelt – das Recht auf Wandlung. Eine Preisminderung kann daher stets begehrt werden, also auch bei einem Mangel, der bisher als „wesentlich“ gegolten hätte. Andererseits kann auch bei einem unwesentlichen Mangel Wandlung verlangt werden, sofern der Mangel nicht bloß „geringfügig“ ist. Ein geringfügiger Mangel kann weder mit einem unerheblichen noch mit einem unwesentlichen Mangel im Sinne des alten Rechtes gleichgesetzt werden, sondern er liegt dazwischen. Nach den Gesetzesmaterialien soll es sich um einen solchen Mangel handeln, bei dem die Auflösung des Vertrages unverhältnismäßig wäre.

Aus Anlaß der Reform ist die Sonderbestimmung für die Gewährleistung beim Werkvertrag (§ 1167 ABGB) entfallen. Nunmehr unterliegen daher Werkverträge, was die Gewährleistung anlangt, den gleichen Regeln wie Kaufverträge. Die Bestimmungen des HGB über die Rückpflicht bei beiderseitigen Handelskäufen und Werklieferungsverträgen bleiben unverändert.

2.3. Gewährleistungsfristen:

Von größter Bedeutung ist die Verlängerung der Gewährleistungsfrist für bewegliche Sachen von sechs Monaten auf zwei Jahre (§ 933 ABGB). Die Gewährleistungsfrist für unbewegliche Sachen bleibt mit drei Jahren unverändert. Auch die Bestimmungen über Tiermängel bleiben gleich, sind jedoch auf Verbraucher nicht anzuwenden (§ 9 Abs. 2 KSchG).

Klargestellt wird, daß die Gewährleistungsfrist für Sachmängel mit Ablieferung der Ware – und nicht erst mit Erkennbarkeit des Mangels – beginnt. Dies entsprach allerdings schon der bisherigen Rechtsprechung.

Should one of these cases arise, the receiver has the right to price reduction or – if it is not a minor defect – the right to rescission. Therefore, a price reduction can always be claimed, even in case of a defect which would thus far have been considered “substantial“. On the other hand, rescission can also be claimed in case of a non-substantial defect, as long as the defect is not just a “minor“ one. A minor defect can neither be put on a level with an insignificant nor with a non-substantial defect in the sense of the old law; it is lying in between. According to the explanatory commentaries of the statute it is to be regarded as a defect, in terms of which the cancellation of the contract would be disproportionate.

On the occasion of the reform the separate provision for warranties in terms of contracts for work and services (Art 1167 ABGB) has been abolished. From now on, contracts for works and services are – as far as warranty is concerned – subject to the same rules as sales contracts. The provisions of the Commercial Code (HGB) concerning the obligation to reprimand in case of mutual commercial sales contracts and work delivery contracts remain unchanged.

2.3. Warranty terms:

Highly important is the elongation of the warranty term for moveable goods from six months to two years (Art 933 ABGB). The warranty term for immovable goods remains unchanged with three years. The provisions in terms of animal defects remain identical as well; they do not, however, apply to consumers (Art 9 (2) KSchG).

It is made clear that the warranty term for material defects starts with delivery of the commodity and not only with the recognizability of the defect. This, however, conforms with the hitherto existing judicial practice anyway.

Neu ist, daß die Gewährleistungsfristen als Verjährungsfristen (statt, wie bisher, als Präklusivfristen) zu qualifizieren sind. Praktisch dürfte dies allerdings nur geringe Auswirkungen haben. Insbesondere wird es auch in Zukunft möglich sein, die Fristen durch Vereinbarung zu verlängern oder zu verkürzen (siehe allerdings die Sonderregelung für Verbraucher unter 2.7.).

2.4. Vermutung der Mangelhaftigkeit:

Wie schon nach der bisherigen Rechtslage, ist nur für solche Mängel Gewähr zu leisten, die bereits zum Zeitpunkt der Übergabe (zumindest latent) vorhanden waren. Während dies aber bisher in jedem Fall vom Übernehmer nachgewiesen werden mußte, sieht das Gesetz nun in gewissem Umfang eine Umkehr der Beweislast vor: Innerhalb der ersten sechs Monate nach Übergabe wird widerlegbar vermutet, daß der Mangel bei der Übergabe vorhanden war (§ 924 ABGB). Diese Vermutung tritt nur dann nicht ein, wenn sie mit der Art der Sache (z.B. leicht verderbliches Gut) oder des Mangels (z.B. typische Verschleißerscheinung) unvereinbar ist. Für Mängel, die später hervorkommen, trifft die Beweispflicht, wie bisher, den Übernehmer.

2.5. Konkurrenz von Schadenersatz und Gewährleistung:

Schon seit einigen Jahren vertritt die Rechtsprechung – anders als früher – die Auffassung, daß für einen Mangel auch Schadenersatz gefordert werden kann. Zwar muß in diesem Fall ein Verschulden des Übergebers vorliegen, das für Gewährleistungsansprüche nicht vorausgesetzt wird. Aufgrund der gesetzlichen Beweislastumkehr (§ 1298 ABGB) mußte der Übernehmer diesen Nachweis aber nicht erbringen, sondern es oblag dem Übergeber, sich freizubeweisen, was in der Praxis oft schwierig war. Andererseits konnte der Übergeber, wenn er seine Ansprüche auf Schadenersatz stützte, die kurzen Gewährleistungsfristen umgehen: Die Verjährungs-

The novelty is that the warranty terms are to be qualified as limitation periods (instead of preclusive terms, as thus far). In practice, however, this should only have minor effects. In particular, it will also be possible in the future to elongate or abbreviate the terms by agreement (see, however, the separate provision for consumers under 2.7.).

2.4 Presumption of deficiency:

In accordance with the current legal situation one only has to warrant for such defects which have (at least in a latent manner) already been existing at the time of delivery. However, while the receiver had to prove this in every single case, the law now provides for a shift of burden of proof to a certain extent: Within the first six months from delivery there is a rebuttable presumption that the defect has already been existing at delivery (Art 924 ABGB). This presumption is only inapplicable, if it is not compatible with the kind of good (e.g. easily perishable good) or defect (e.g. typical wear-out signs). For defects which become recognisable later, the burden of proof remains with the receiver.

2.5. Relationship between damages and warranty:

It has been couple of years now that judicial practice is – as opposed to former times – of the opinion that one can also claim damages for a defect. Of course there must be a fault of the deliverer in such a case which is not a prerequisite for warranty claims. However, due to the statutory shift of burden of proof (ad 1298 ABGB), it was not the receiver who had to prove this; it was up to the deliverer to prove the opposite which was often difficult in practice. On the other hand the deliverer was capable of avoiding the short warranty terms, if he based his claims on damages: This is because the limitation period for indemnification claims is three years and

frist für Schadenersatzansprüche beträgt nämlich drei Jahre und beginnt erst ab Kenntnis von Schaden und Schädiger. Bei einem versteckten Mangel konnte es daher vorkommen, daß Schadenersatzansprüche bis zum Ablauf der „absoluten“ Verjährungsfrist von 30 Jahren geltend gemacht werden konnten.

Durch das GewRÄG hat der Gesetzgeber nunmehr klargestellt, daß der Übernehmer für einen Mangel – neben Gewährleistung – auch Schadenersatz fordern kann, wenn der Übergeber ihn verschuldet hat (§ 933a ABGB). Die Schadenersatzansprüche wurden aber mit den Gewährleistungsansprüchen harmonisiert: Auch als Schadenersatz kann zunächst nur die Verbesserung oder der Austausch verlangt werden. Nur in jenen Fällen, in denen die „sekundären Gewährleistungsbehelfe“ (Preisminderung oder Wandlung) zur Verfügung stehen, besteht ein Anspruch auf Geldersatz. Die neue Rangordnung der Gewährleistungsansprüche (siehe oben 2.2.) soll also nicht dadurch umgangen werden können, daß sich der Übernehmer auf Schadenersatz stützt.

Darüber hinaus wurde auch die Problematik der langen Verjährungsfrist für Schadenersatzansprüche in gewisser Weise „entschärft“: Nach Ablauf von 10 Jahren ab Übergabe der Sache ist nämlich die Beweislastumkehr für das Verschulden nicht mehr anzuwenden. Der Übernehmer muß dann also das Verschulden des Übergebers nachweisen, was ihm nach so langer Zeit kaum noch möglich sein wird.

2.6. Rückgriffsansprüche:

Wird der Übergeber einer Sache auf Gewährleistung in Anspruch genommen, dann steht ihm ein Rückgriffsanspruch gegen seinen Lieferanten zu und so fort. Letztlich müßte der Produzent der Ware für den Mangel aufkommen. In der Praxis scheidet dies allerdings häufig daran, daß die Gewährleistungsfristen auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen bereits abgelaufen sind, weil sie früher begonnen haben.

only starts with the knowledge of damage and injuring party. This being so, it occurred - in terms of hidden defects - that damages could be claimed until expiry of the “absolute“ limitation period of 30 years.

In the GewRÄG the legislator has now made clear that the receiver can – apart from warranty – ask for damages in case of a defect, if the deliverer is to blame for it (Art 933a ABGB). However, the indemnification claims have been harmonised with the warranty claims: At first, indemnification claims do only contain improvement or exchange. Only in those cases in which the “secondary warranty remedies“ (price reduction or rescission) are available, is there a claim for monetary indemnification. Hence, the new order of warranty claims (see 2.2.) shall not be by-passed by a receiver relying on an indemnification claim.

Furthermore, the edge has in a way been taken off the problems with the long limitation period for indemnification claims: That is because the shift of burden of proof for fault does not apply anymore upon expiration of ten years since delivery of the good. This means that the receiver then has to prove the fault of the deliverer which he will hardly be able to do after such a long time.

2.6. Rights of recourse:

If the deliverer of a good is subject to a warranty claim, he has got a right of recourse against his supplier and so forth. Ultimately the producer of the commodity would be responsible for the defect. In practice, however, this is often frustrated by the expiration of the warranty terms at the prior business stages, since they have started earlier.

Für dieses Problem hat der Gesetzgeber nun eine Regelung getroffen, die allerdings bloß einen Teil der möglichen Fälle erfaßt: Nur dann, wenn ein Unternehmer einem Verbraucher Gewähr geleistet hat, kann er von seinem Vormann, wenn auch dieser Unternehmer ist, auch nach Ablauf der Gewährleistungsfrist Gewährleistung fordern (§ 933b ABGB). Dasselbe gilt für frühere Übergeber im Verhältnis zu ihren Vormännern. Keine Verlängerung der Gewährleistungsfrist tritt daher ein, wenn Letzterwerber der Ware ein Unternehmer war.

Der Rückgriffsanspruch ist auch in weiterer Hinsicht beschränkt: Es kann nur Ersatz für den eigenen Aufwand begehrt werden. Die Frist für den Rückgriff beträgt zwei Monate ab Erfüllung der eigenen Gewährleistungspflicht. Die Haftung eines Rückgriffspflichtigen verjährt längstens in fünf Jahren nach Erbringung seiner Leistung.

2.7. Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Verbrauchern:

Im Verhältnis zwischen Unternehmern und Verbrauchern sind die Gewährleistungsansprüche – wie schon bisher – zwingendes Recht (§ 9 KSchG). Sie können daher grundsätzlich weder ausgeschlossen noch eingeschränkt werden. Dies gilt allerdings – wie der Gesetzgeber klargestellt hat – nur vor Kenntnis des Mangels.

Insbesondere ist auch die Vereinbarung einer kürzeren als der gesetzlichen Gewährleistungsfrist unwirksam. Eine Sonderbestimmung gilt allerdings für die Veräußerung gebrauchter beweglicher Sachen: Hier kann die Gewährleistungsfrist auf ein Jahr verkürzt werden, sofern dies im einzelnen ausgehandelt wird (eine Bestimmung in Allgemeinen Geschäftsbedingungen erfüllt diese Voraussetzung für sich allein nicht). Davon besteht wieder eine Einschränkung für gebrauchte Kraftfahrzeuge: Bei ihnen ist eine solche Verkürzung nur dann wirksam, wenn seit dem Tag der Erstzulassung mehr als ein Jahr verstrichen ist.

The legislator has now set up a provision for this problem which, however, only covers a part of the possible cases: Only if an entrepreneur has warranted a consumer, does the former have a warranty claim against his foreman, if the latter is also an entrepreneur, after expiration of the warranty term (Art 933b ABGB). The same applies to former deliverers with regard to their respective foremen. Hence, there is no elongation of the warranty term, if the last purchaser of the commodity was an entrepreneur.

The right of recourse is also limited in another way: One can only claim compensation for one’s own expense. The term of recourse is two months from the fulfilment of one’s own warranty obligation. The liability to recourse is subject to a limitation period of at most five years after performance.

2.7. Agreements between entrepreneurs and consumers:

In terms of the relationship between entrepreneurs and consumers the warranty claims are – as hitherto – mandatory law (Art 9 KSchG). Therefore, they can in principle neither be excluded nor restricted. This only applies, however, - as the legislator has made clear – before knowledge of the defect.

Not least is the agreement of a shorter than the legal warranty term invalid. A separate provision, however, concerns the sale of used moveable goods: Here the warranty term can be abbreviated to one year, if this is agreed upon individually (a provision in the general terms and conditions of business alone does not fulfil this condition). In this respect, there is again a restriction for used vehicles: for them such an abbreviation is only valid, if the first admission has taken place more than a year ago.

2.8. Vertragliche Garantien:

Gewährt ein Unternehmer einem Verbraucher eine Garantie, so muß er auch auf die gesetzliche Gewährleistungspflicht und darauf hinweisen, daß sie durch die Garantie nicht eingeschränkt wird. Die Garantieerklärung hat Namen und Anschrift des Garanten und andere wesentliche Angaben, wie insbesondere die zeitliche und räumliche Geltung, zu beinhalten. Der Unternehmer ist an die Zusagen in der Garantieerklärung und an den in der Werbung bekanntgemachten Inhalt der Garantie gebunden (§ 9b KSchG).

3. Inkrafttreten:

Das GewRÄG tritt mit 01.01.2002 in Kraft. Die neuen Bestimmungen sind auf alle Verträge anzuwenden, die nach dem 31.12.2001 geschlossen werden.

Die vorstehenden Ausführungen können naturgemäß nur einen Überblick über die neue Rechtslage geben. Für Detailfragen bitten wir Sie, sich an unsere Kanzlei zu wenden. Insbesondere wird es erforderlich sein, falls Sie Allgemeine Geschäftsbedingungen verwenden, diese an die neue Rechtslage anzupassen. Auch in diesem Zusammenhang stehen wir Ihnen für eine Beratung gerne zur Verfügung.

2.8. Contractual guarantees:

If an entrepreneur grants a guaranty to a consumer, he also has to draw the latter's attention to the statutory warranty obligation and to the fact that it is not restricted by the guarantee. The guarantee bond has to include the name and the address of the guarantor and other essential information like in particular the temporal and territorial scope of application. The entrepreneur is bound by the commitments in the guarantee bond and by the content of the guarantee made public in advertising (Art 9b KSchG).

3. Entry into force:

The GewRÄG will enter into force on 01.01.2002. The new provisions apply to all contracts concluded after 31.12.2001.

It goes without saying that the above explications cannot give more than an overview with regard to the new legal situation. In case of more detailed questions you are requested to consult our firm. In particular it will be necessary, if you use general terms and conditions of business, to adapt them to the new legal situation. In this context, we would also be glad to be at your disposal for legal advice.

R E C H T S A N W A L T S K A N Z L E I

FOGLAR - DEINHARDSTEIN & BRANDSTÄTTER KEG

A-1015 Wien, Plankengasse 7, Postfach 38
Telefon + 43 1 512 15 71, Telefax + 43 1 513 43 42 / + 512 15 71 27
website: <http://www.fdblawyers.com>, e-mail: office@fdblawyers.com